

Zürcher Umweltallianz lässt die Muskeln spielen

Der neue Kantonsrat lehnt den Energieplanungsbericht 2017 des Regierungsrats ab

flu. · Schon zum zweiten Mal hat die links-grüne Umweltallianz im Zürcher Kantonsrat die Muskeln spielen lassen. Vor zwei Wochen hatte das Parlament mit den Wahlsiegern Grünliberale und Grüne an der Spitze den «Klima-Notstand» ausgerufen. Am Montag nun haben dieselben Fraktionen die Genehmigung des Energieplanungsberichts 2017 abgelehnt, der noch vom früheren Baudirektor Markus Kägi vorgelegt worden war.

Damit erleidet der Planungsbericht das gleiche Schicksal wie seine Vorgängerversion vor bald fünf Jahren, als der Kantonsrat das Papier nach vierstündiger Debatte ablehnte. Der Grund damals: Eine Mehrheit vermisste ein klares Bekenntnis zum Atomausstieg und forderte eine Überarbeitung. Kägi lieferte sie nicht, sondern hielt sich an den vom

Gesetz festgelegten Rhythmus und präsentierte vor anderthalb Jahren den neuen Energieplanungsbericht.

Kägis links-grüne Gegner von damals sehen ihre Forderungen nicht erfüllt. Der Regierungsrat habe «auftragswidrig gearbeitet», sagte Beat Bloch (csp., Zürich) am Montag. «Vom Atomausstieg findet sich im Bericht kein Wort.» Stattdessen wolle die Regierung die Marktkräfte spielen lassen, spreche sich gegen «Technologieverbote» aus und erwähne gar Kernkraftwerke der vierten Generation.

Die fehlenden Aussagen zum Atomausstieg waren aber nicht der einzige Mangel, den die Sprecher der Ökoparteien kritisierten. Allgemein atme der Bericht den «Geist des Zuwartens und Zögerns», sagte etwa Thomas Forrer (gp., Erlenbach). Er vermisste eine Beschrei-

bung des Wegs, wie die CO₂-Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden sollen. Die GLP-Sprecherin Barbara Schaffner (Otelfingen) hielt der Planung zwar zugute, dass der Verkehr als grosse Quelle des CO₂-Ausstosses genannt werde. Doch Themen wie Mobility-Pricing oder Kostenwahrheit tauchten nicht auf.

SVP und FDP liessen diese Argumente nicht gelten: Damit werde bloss Symbolpolitik betrieben. Es gehe beim Energieplanungsbericht nicht um konkrete Massnahmen, sondern um eine Standortbestimmung, sagte Christian Luczek (svp., Dänikon). Diese sei in genügender Tiefe erfolgt. Zum Beispiel würden die beachtlichen Fortschritte im Gebäudebereich dargestellt. Von einer Rückweisung würden einzig die «Klimapaniker» profitieren. Für Christian Schu-

can (fdp., Uetikon am See) wäre eine Ablehnung statthaft, wenn der Bericht lausig daherkäme. Dies sei aber nicht der Fall. Wenn die Politik strengere Ziele anstreben wolle, müssten die konkreten Vorgaben angepasst werden. Dann müssten aber auch die Bedenken zur Versorgungssicherheit berücksichtigt werden, die sich aus einem Atomausstieg ergäben. Zudem solle man den Regierungsrat nur daran messen, was er beeinflussen könne – die Einführung einer CO₂-Steuer zum Beispiel gehöre nicht dazu.

Ins Visier nahm die FDP insbesondere die SP. Denn diese hatte in der vorberatenden Kommission noch Ja gesagt zum Bericht. Jetzt schlug sie sich auf die Seite der Gegner. «Ein Schelm, der denkt, es liege am neuen Baudirektor», stichelte Barbara Franzen (fdp., Niederweningen). Natürlich sei dem so, entgegnete Ruedi Lais (sp., Wallisellen). Die SP habe unter Baudirektor Kägi keine Hoffnung gehabt, dass eine Ablehnung etwas an den Prioritäten im Energiebereich ändern würde. Das Volk habe bei den Wahlen jetzt selber dafür gesorgt, und seine Partei reagiere auf solche Verschiebungen.

Mit 87 zu 81 Stimmen lehnte der Kantonsrat die Genehmigung ab, wobei neben SP, Grünliberalen und Grünen auch AL und EVP Nein stimmten. Der neue, grüne «Umweltminister» Martin Neukom versprach, baldmöglichst einen neuen Bericht vorzulegen, wahrscheinlich im nächsten Jahr. Er werde bestimmt in Richtung Dekarbonisierung gehen und Aussagen zu grauer Energie, Flugverkehr und mehr Klimaschutz enthalten.

NZZ 2019-05-28

Neue Mehrheit zur Heizkostenabrechnung

sho. · Die individuelle Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten für Mieter ist in Neubauten mit mindestens fünf Wohneinheiten vorgeschrieben und breit akzeptiert. 2016 hatte der Kantonsrat eine Einzelinitiative vorläufig unterstützt, die Pflicht sei auf zentrale Wärmeversorgungen ab drei Wohnungen und bestehende Gebäude auszudehnen. Wie die Regierung lehnte die vorberatende Kommission dies ab. Am Montag hat nun aber eine knappe Ratsmehrheit aus SP, GP, GLP und EVP dieser Verschärfung des Energiegesetzes zugestimmt.

Die Befürworter beriefen sich auf Aussagen der Regierung, dass damit der Ausstoss von CO₂ im Kanton um 2 bis 3 Prozent gesenkt werden könne. Die bürgerlichen Kritiker wiesen auf die Kosten für die Nachrüstung in Altbauten hin, die auf die Mieter abgewälzt würden. Deshalb stimmte ein Teil der AL mit Nein. Wegen Absenzen in den bürgerlichen Reihen setzte sich die Minderheit mit 81 gegen 76 Stimmen dennoch durch. Nötig ist aber eine zweite Lesung, die angesichts des Patts Spannung verspricht. Auch ein Referendum ist möglich.

Günstiges Wohnen

sho. · Bald fünf Jahre ist es her, seit das Zürchervolk den Gemeinden das Recht einräumte, bei Ein- und Aufzonungen einen Teil der zusätzlichen Nutzfläche als Zonen für preisgünstigen Wohnraum auszuscheiden. Am Montag hat nun der Kantonsrat die entsprechende Verordnung mit 162 zu 0 Stimmen angenommen. Die Zustimmung ist Teil des Kompromisses über den Mehrwertausgleich, der in wenigen Wochen in den Rat kommt. Auf bürgerlicher Seite, die das Ansinnen 2015 bekämpfte, bestehen Vorbehalte gegen das komplexe Regelwerk.